
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 18/3 (1991)

DOI: 10.11588/fr.1991.3.57039

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

Institut Charles-de-Gaulle, Association française de science politique (Ed.), De Gaulle et ses Premiers Ministres. Colloque organisé par l'Institut Charles-de-Gaulle et l'Association française de science politique les 17 et 18 novembre 1988, Paris (Plon) 1990, 300 S. (Collection Espoir).

Als Charles de Gaulle im Juni 1958 die Macht übernahm, strebte er vor allem ein Ziel an: die Etablierung eines Staates, der nicht wie bisher »ein Nebeneinander partikularer Interessen«, sondern eine »Institution der Entscheidung, der Aktion, der Ambition« verkörpert, die »nur das nationale Interesse ausdrückt und ihm dient«. Die notwendige Verfassungsreform zielte daher insbesondere auf die Stärkung der Regierung. So entstand ein Herrschaftssystem, in dem die Kompetenzen der »pouvoir d'action« (François GOGUEL, S. 13) erweitert, jene der Volksvertretung dagegen gemindert wurden. Seine Eigenart besteht nun in der »Doppelköpfigkeit« der Exekutive und damit in dem diffizilen Verhältnis zwischen dem vom Volk gewählten Präsidenten und dem von ihm ernannten, aber zugleich dem Parlament verantwortlichen Premierminister. Denn obwohl die Verfassung besagt: »Le Premier ministre dirige l'action du gouvernement [qui] détermine et conduit la politique de la Nation« (Art. 21 u. 20), erwarb der General mit der Zeit eine »primauté complète« (GOGUEL, S. 13).

Die Teilung der Macht zwischen Elysée und Matignon wirft mithin zahlreiche Probleme auf: Unter welchen Umständen kam es zu dieser bis heute geltenden »primauté très nette«? (GOGUEL, S. 14). Gab es eine »domaine réservé« des Präsidenten? Wie entwickelte sich das Verhältnis zwischen den Amtsinhabern de Gaulle, Debré, Pompidou und Couve de Murville? Zur Beantwortung dieser Fragen veranstalteten das Institut Charles-de-Gaulle und die Association française de science politique im November 1988 ein Kolloquium, das Zeitzeugen und Vertreter der Forschung in der Absicht zusammenbringen sollte, »de déterminer les rapports qui se sont établis dans le cadre de la Constitution de la V^e République entre le président de la République et le Premier ministre, de 1959 à 1969« (Georges VEDEL, S. 11). In drei chronologischen Stationen behandelten die Teilnehmer zunächst die Zeit der Regierung Debré (1959–1962), jene Pompidous von 1962–1967 und schließlich die Nachfolge durch Couve de Murville (1968–1969). Danach folgten drei systematische Abteilungen zu den Themen Verteidigungs-, Wirtschafts- und Außenpolitik. Jede Sektion leiteten Berichte zweier »grands témoins« (VEDEL, S. 12) ein, deren Aussagen mit Hilfe der »méthode d'investigation« (Jean-Luc PARODI, Pierre LEFRANC, S. 9) dann den Erkenntnissen jeweils eines Forschers und schließlich des Plenums gegenübergestellt wurden.

Ungeachtet einzelner Meinungsverschiedenheiten – so weist der für das Verständnis der Regierungspraxis im ersten Dezennium der V. Republik überaus bedeutsame Tagungsband aus – bestand dabei im wesentlichen Übereinstimmung darin, daß sich in diesen Jahren keine »rupture«, sondern eine »évolution« (Jean DONNEDIEU DE VABRES, S. 110) ergeben habe. De Gaulles Forderung vom 8. 2. 1960: »Les affaires concernant l'Algérie, la Défense, les Armées, les Affaires étrangères et la Communauté doivent être traitées directement auprès de moi«, hätten zwar zur Bildung einer »coutume de primauté présidentielle« geführt (GOGUEL, S. 290), sein Verhältnis zu den Premierministern habe den Rahmen der Verfassung jedoch nie gesprengt. Dies zeige sich auch in der präsidentiellen »domaine réservé«, denn nie habe sie dem Premier die Befassung mit bestimmten Fragen untersagt. Daher schien es François GOGUEL auch angebracht, eine terminologische Korrektur vorzunehmen: »Il y a deux domaines privilégiés, mais surtout, il n'y a aucun domaine exclu.« (S. 288)

Auch in der im Zentrum stehenden Diskussion um die Verteidigungspolitik wurde die Auffassung vertreten, die Rede von der »domaine réservé« »doit être nuancée« (Pierre MESSMER, S. 189), wenngleich Michel FOURQUET entgegenhielt, seine Existenz könne nicht in Frage gestellt werden, da die Entscheidungsfreiheit des Premierministers nur schwach gewesen sei. Während in wirtschaftlichen Fragen »l'initiative était franchement du côté du Premier ministre« (François-Xavier ORTOLI, S. 113), wird auch in der Außenpolitik eine »suprématie«

de Gaulles mit der Einschränkung konzidiert, »que cette suprématie ne s'exerce pas aux dépens du Premier ministre«. Vielmehr habe ein »dialogue permanent« stattgefunden, freilich im Rahmen der »prépondérance manifeste du général«. Nur wenn dem Premierminister eine »collaboration active« gelang, konnte er als »un véritable participant au fonctionnement et à l'application de la politique étrangère« teilhaben (Jacques BASSO, S. 266).

Ulrich LAPPENKÜPER, Bonn

Maurice COUVE de MURVILLE, *Le monde en face. Entretiens avec Maurice DELARUE*, Paris (Plon) 1989, 323 S.

Der Spitzendiplomat Couve de Murville, langjähriger Außenminister und letzter Ministerpräsident de Gaulles, hat schon 1971 einen Bericht über seine Amtszeit vorgelegt (*Une politique étrangère, 1958–1969*, Paris 1971). Jetzt folgen Reflexionen zur Außenpolitik Frankreichs, zur Entwicklung des Ost-West-Konflikts und der europäischen Integration, die noch einmal die großen Linien von der Nachkriegszeit bis zur Gegenwart nachzeichnen und gaullistische Positionen für die aktuelle weltpolitische Situation entwickeln. Sie werden als Gesprächsaufzeichnungen präsentiert, mit allen Vor- und Nachteilen, die bei diesem Genre üblich sind: Einerseits wirken sie recht lebendig und gut organisiert; andererseits wiederholt sich vieles und geraten manche Erörterungen doch recht kurzatmig.

Historische Neuigkeiten kann man dem Band kaum entnehmen. Couves Ausführungen unterstreichen noch einmal, in welchem Maße die amerikanische Protektion ausschlaggebend für die Ablehnung der EVG durch die Gaullisten gewesen ist; sie beschäftigt ihn so sehr, daß er schlicht zu erwähnen vergißt, daß das Projekt ursprünglich von einer französischen Regierung vorgeschlagen wurde. Ebenso wird deutlich, daß die Gaullisten an der EWG als Gemeinsamem Markt wirklich nichts auszusetzen hatten: Als Herausforderung für die französische Wirtschaft, deren Modernisierung zu ihren zentralen Anliegen gehörte, war er ihnen durchaus willkommen. Ihre Kritik galt nur dem supranationalen Ansatz der EWG-Konstruktion, den de Gaulle dann mit der »Politik des leeren Stuhls« 1965/66 für lange Zeit lahm legte. Hier verteidigt Couve de Murville die französische Haltung mit einer Selbstgerechtigkeit, die im Nachhinein noch einmal ahnen läßt, wie schwer es den Verhandlungspartnern de Gaulles gefallen sein muß, mit den Kapriolen des Generals zurechtzukommen.

An dem Widerspruch zwischen der Forderung nach einem »politischen Europa«, das die Stimme der Europäer in der Weltpolitik zur Geltung bringt, und einer strikten Ablehnung jeder Art von »Supranationalität« hält Couve de Murville unbeirrt fest. Von der Gefahr einer Einschränkung der Bedeutung der nationalen Institutionen perhorresziert, bleibt er wie schon de Gaulle die Antwort auf die Frage schuldig, wie denn gemeinsame Positionen der Europäer ohne gemeinschaftliche Institutionen zustande kommen sollen, und wer sie zum Ausdruck bringen soll. Daß die Erfahrung mit der EPZ, über die er zu Recht sehr kritisch urteilt, nicht gerade dafür spricht, sich ganz auf Konsultationen zu verlassen, geht ihm nicht auf.

In seinen Analysen der weltpolitischen Szenerie konzentriert sich Couve de Murville als Vertreter der »realistischen« Tradition ganz auf die nationalen Interessen der großen Mächte. Daraus folgt eine erfrischende Unempfindlichkeit gegenüber ideologischen Denkmustern, die in den Kontext des Kalten Krieges gehören. Manchmal macht sich aber auch eine gewisse Blindheit gegenüber qualitativen Veränderungen der internationalen Politik bemerkbar, die sich mit dem Begriff des nationalen Interesses allein nicht fassen lassen. So fällt ihm zu Gorbatschows neuer Sicherheitspolitik zunächst die Frage ein, warum die sowjetischen Führer nicht schon längst diesen Weg eingeschlagen haben: So offenkundig scheint er ihm im nationalen Interesse »des ewigen Rußlands« zu liegen. Nachdem er die Verzögerung mit mangelnden staatsmännischen Qualitäten der Gorbatschow-Vorgänger erklärt hat, bezeichnet